

Haushaltsrede FDP

Gemeinderat Uwe Hotz



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Umweltschutz versus Haushalt „Tue Gutes und rede darüber“ oder müssen wir neu denken?

Kein anderes Thema hat im vergangenen Jahr eine solche Dynamik entfacht, war so präsent und allgegenwärtig wie der Klimaschutz. Getragen von den Demonstrationen der Fridays For Future-Bewegung und der Erkenntnis, dass der Klimawandel auch in unserem Land durch Hitzeperioden und Dürrephasen angekommen zu sein scheint, sah sich die Politik (endlich) veranlasst, Ende 2019 ein Klimaschutzpaket zu erlassen, was auf ein geteiltes Echo stieß. Gingen den Einen aus Gründen des Klimaschutzes die gefassten Beschlüsse nicht weit genug, rief es an anderer Stelle aufgrund der damit einhergehenden zukünftigen finanziellen Belastungen Empörung aus. Sicherlich stellten die gefassten Beschlüsse einen politischen Spagat dar. Denn bei einer aus Gründen des Klimaschutzes wohl erforderlichen schärferen Gangart hätte die Gefahr bestanden, dass restriktivere Maßnahmen möglicherweise überfordert fühlende Bürgerinnen und Bürger in die Arme von andersdenkenden populistischen Rattenfängern getrieben hätte.

Tatsache ist jedoch, dass der Klimaschutz jedem von uns in den kommenden Jahren einiges abverlangen und mit zusätzlichen Kosten einhergehen wird. Spürbar (weil auch alternativlos?) werden sowohl die privaten als auch die öffentlichen, also auch unser kommunaler Haushalt, hiervon betroffen sein. Steigende Preise für den Umbau unseres Landes auf noch mehr regenerative Energien bei gleichzeitigem Ausstieg aus fossilen Energieträgern, um den CO₂-Anstieg zu begrenzen, werden hier deutliche Spuren hinterlassen. Die Folge dürfte auch ein verändertes Konsumverhalten mit sich bringen, mit all seinen damit verbundenen Risiken auf die öffentlichen Haushalte.

Durch unsere in den zurückliegenden Jahren sehr vorausblickende Finanzplanungen braucht es uns meines Erachtens deshalb jedoch keineswegs bange werden. Wir haben zusammen mit unserer Verwaltung bereits vor vielen Jahren erkannt, dass wir im Sinne unseres Umweltschutzes handlungsleitend und klimaoffensiv unsere Kommune möglichst nachhaltig regenerativ weiter entwickeln müssen, um diese damit fit für die Zukunft zu machen. Hierzu bedurfte es keiner externer Klimaexperten. Statt dessen konnten wir auf die in unserer Verwaltung und dem Gemeinderat vorhandenen Ressourcen, flankiert von einem in unserer Gemeinde vorhandenen diesbezüglichen großen umweltpolitischen Engagements und Potential unserer Einwohner, zurückgreifen.

Beispielhaft möchte ich in diesem Zusammenhang

- unser solares Nahwärmesystem mit Langzeitwärmespeicher, in welches neben dem Schulzentrum am Buchheimer Weg auch unser Hallenbad, die zwei Sporthallen sowie das Feuerwehrgebäude konzeptionell eingebunden sind,

- die sukzessive in den letzten Jahren erfolgte nachhaltige Sanierung unserer öffentlichen Gebäuden unter Klimaschutzstandards,
- der Bezug von Strom aus 100 % regenerativen Energien verbunden mit der Umrüstung auf LED-Beleuchtung,
- die Aufforstung von Waldflächen etc.

nennen.

Vorausschauende Maßnahmen, die wir aus Respekt vor unserer Umwelt vielfach unisono mit großer Mehrheit im Ratsgremium als geboten erachtet haben und wir deshalb nicht nur nichts, sondern durchaus bereits einiges für unsere Umwelt seit vielen Jahren aktiv angepackt und umgesetzt haben. Selbstverständlich lehnen wir uns bei diesem Thema nicht etwa gar selbstgefällig zurück. Andererseits sind wir der Auffassung, dass wir aus populistischen Gründen keine Maßnahmen zu ergreifen brauchen, sondern durchaus souverän, gepaart mit einer Portion Selbstbewusstheit, weiterhin unaufgeregt unseren diesbezüglich praktizierten Weg fortsetzen können. Wir brauchen keine öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, erst recht nicht, um ein schlechtes Gewissen oder ein inaktives Handeln damit kaschieren zu wollen. Umweltschutz im Allgemeinen bzw. Klimaschutz im Besonderen bedarf unseres Erachtens vielmehr einer breiten überparteilichen Allianz – auch in unserer Kommune -, um getragen durch dieses breite Fundament noch vieles für unsere Umwelt gemeinsam bewegen zu können.

In diesem Sinne freuen wir uns auf den unter anderem in Zusammenarbeit mit der Agendagruppe „Umwelt“ sowie unserem Revierförster erstmals initiierten Umweltag am 21.03.2020. Wir sind auf die Umsetzung Ihrer hierzu entwickelten innovativen Ideen und Projektvorschläge gespannt. Sehr gerne möchten wir für möglicherweise hieraus entstehende sinnvolle (Folge-)Projekte gezielt finanzielle Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

Lassen Sie mich meine obigen Ausführungen mit einem Zitat des ehemaligen amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, abschließen.

„Frage nicht was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.“

Ein – wie ich meine – in Bezug auf die angesprochenen umweltpolitischen Herausforderungen durchaus zeitgemäßes wie gleichermaßen zutreffendes Zitat, was uns stets vergegenwärtigt, dass der Schutz unserer Umwelt aktiv von jedem von uns (vor)gelebt werden sollte. Dabei müssen wir darauf bedacht sein, das Thema „Umweltschutz“ in Gänze, bereits so frühzeitig als möglich zu sensibilisieren. Hier böte sich unseres Erachtens auch eine verpflichtende konzeptionelle Verankerung in der Kinderbetreuung an. Denn, was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. Ganz in diesem Sinne war auch unserer letztjähriger Antrag auf Implementierung eines Natur- oder Waldkindergartens in unserer Gemeinde angedacht, der aufgrund dessen hoffentlich eine neue Dynamik erfahren wird.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unseren zweiten doppischen Haushalt

In den letzten Jahren kannten die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen nur eine Richtung, nämlich nach oben. Jahr für Jahr erfolgten neue Rekorde an Steuereinnahmen, gepaart mit steigendem Wirtschaftswachstum, einer hohen Beschäftigungsquote und entsprechenden Tarifsteigerungen, die für ein erfreuliches Konsumverhalten in unserer Bevölkerung sorgten. Für das Jahr 2020 rechnet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Deutschland nur mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 %. Nimmt man allerdings die jüngste Entwicklung der Börsenkurse als Indikator für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, kann man durchaus mit einer optimistischeren Einschätzung in das Jahr 2020 gehen. Zumal auch die Bundesregierung für dieses Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,1% rechnet.

Dennoch ist in Bezug auf unsere Einnahmeentwicklung Vorsicht die Mutter der Porzellanbox. Eine etwas konservative Planung schützt uns dabei vor unliebsamen Überraschungen.

Ergebnishaushalt 2020

Auch bei unserem nach 2019 zweiten doppelten Haushalt konnte bei schwieriger werdenden Rahmenbedingungen (die geplanten Erträge steigen im Plan lediglich um ca. 0,58 Mio. €, während die Ausgaben um ca. 1,06 Mio. € steigen) ein elementares Ziel, die Abschreibungen für das momentan erfasste und bewertete Anlagevermögen in Höhe von ca. 2,6 Mio. € auch in 2020 in Gänze zu erwirtschaften, erneut erreicht werden. Wenngleich sich das veranschlagte ordentliche Ergebnis in Höhe von 21.358 € gegenüber dem Planansatz des Jahres 2019 von ca. 500.000 € deutlich verringert hat, hoffen wir dabei auch am Ende des Haushaltsjahres 2020 auf einen ebensolchen positiven Effekt wie in 2019. Das voraussichtliche IST 2019 wird sich im Vergleich zum Plan um ca. 2 Mio. € auf 2,5 Mio. € erhöhen.

Trotzdem ist es aus unserer Sicht geboten respektive ein Zeichen vorausschauender Finanzpolitik, unsere Einnahmen – wie in den vergangenen Jahren traditionell von der Verwaltung praktiziert – in Bezug auf die „finanzpolitische Großwetterlage“ eher etwas zurückhaltender zu prognostizieren, um dadurch vor negativen Überraschungen weitestgehend gewappnet zu sein.

Wichtig für uns alle, dass in 2020 keine Steuer- bzw. Gebührensteigerungen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Kindergartengebühren etc.) notwendig waren.

Finanzhaushalt 2020

Gegenüber dem Planansatz 2019 weist der diesjährige Finanzhaushalt mit ca. 5,4 Mio. € ein um ca. 0,9 Mio. € geringeres Investitionsvolumen aus. Hierin enthalten sind auch auf das Jahr 2020 vorgetragene Investitionen, da diese in 2019 aus diversen Gründen nicht durchgeführt wurden. Die veranschlagten Investitionen (insbesondere für Feuerwehr ca. 1 Mio. €, Schulen ca. 0,9 Mio. €, Straßen und Gehwege ca. 1,6 Mio. €) bedingen in 2020 einen voraussichtlichen Finanzierungsmittelbedarf in Höhe von ca. 2,03 Mio. € aus unseren liquiden Eigenmitteln. Diese belaufen sich zum Jahresende 2019 auf unseres Erachtens imposante ca. 18,1 Mio. € (Hinweis: prognostiziert waren zum Jahresende 2019 13,5 Mio. €).

Ein wichtiges Anliegen war und ist uns dabei, dass wir unsere Investitionen damit weiterhin konsequent umsetzen und - so auch der Blick in die mittelfristige Finanzplanung – ohne Kredite finanzieren können. Denn, durch eine intakte kommunale Infrastruktur profitieren wir schließlich alle. Und deren Weiterentwicklung ist uns in den letzten Jahren - sicherlich getragen durch die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung – auch gerade durch eine besonnene bzw. solide Haushaltspolitik gelungen, stets handlungsleitend unter rationalen und weniger emotionalen Gesichtspunkten. Einer soliden Haushaltspolitik, von der wir überdies hoffentlich noch viele Jahre werden profitieren können. Schließlich wollen wir auch nachfolgenden kommunalen Mandatsträgern in unserer Gemeinde möglichst große Gestaltungsspielräume zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung unserer Gemeinde erhalten.

Mittelfristige Finanzplanung 2021 - 2023

a.) Ergebnishaushalt:

Der vorausschauende Blick in unsere mittelfristige Finanzplanung von 2021 bis zum Jahre 2023 auf der Basis der aktuellen konjunkturellen Entwicklung geht (über die erwirtschafteten Abschreibungen von ca. 2,6 Mio. € per anno) von positiven Ergebnishaushalten in einer Größenordnung von insgesamt ca. 1,65 Mio. € aus. Dies ist aus unserer Sicht - vor allem beim Vergleich mit anderen Gemeinden in unserer Größenordnung – erfreulich und lässt zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein strukturelles Haushaltsdefizit erkennen.

b.) Finanzhaushalt:

Der prognostizierte Mittelbedarf zur Finanzierung unserer geplanten Investitionen in den Jahren 2021 bis 2023 von ca. 18 Mio. € (unter anderem 5,5 Mio. € für die Rathuserweiterung, 2,0 Mio. € Erschließungskosten für das Baugebiet N5, 3 Mio. € für den Bereich Feuerwehr, 3,0 Mio. € für das Straßensanierungsprogramm etc.) kann ausschließlich aus unseren vorhandenen liquiden Mitteln bestritten werden und bedarf keiner Fremdfinanzierung.

c.) Liquide Eigenmittel (ehemals freie Rücklage):

Bei zutreffender Prognose sieht die mittelfristige Finanzplanung ein Abschmelzen der liquiden Eigenmittel zum Ende des Jahres 2023 auf ca. 10,6 Mio. € vor. Bemerkenswert ist die Entwicklung unserer liquiden Eigenmittel allemal, bedenkt man, dass wir in den letzten Jahren die Neustrukturierung unseres Schulzentrums am Buchheimer Weg in Höhe von bisher insgesamt ca. 10 Mio. € ausnahmslos aus unseren Rücklagen finanziert haben.

Unsere liquiden Mittel, deren Mindestbetrag nach § 22 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung bei ca. 0,7 Mio. € liegen muss, stellen vor diesem Hintergrund eine immer noch sehr komfortable Größenordnung dar. Zumal der Verzehr von liquiden Mitteln für investive Maßnahmen parallel dazu unser Anlagevermögen vermehrt. Allerdings möchte ich auch darauf hinweisen, dass bei dieser Betrachtung unsere Investitionen für die erforderliche Anschlussunterbringung beim Hagsfelder Weg (in Höhe von je nach Ausprägung bis zu ca. 10 Mio. €) sowie die hoffentlich unterm Strich positiven finanziellen Auswirkungen des Neubaugebiets N 5 nicht enthalten sind.

c.) Entwicklung bei unseren beiden Eigenbetrieben „Wasserversorgung“ bzw. „Abwasserbeseitigung“

Durch weitere notwendige Investitionen in eine qualitativ möglichst hochwertige Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung (Stichworte: neues Wasserwerk „Tiefgestade“ inkl. Sanierung der Fernleitung, Optimierung unseres in die Jahre gekommenen Klärwerks, Investitionen in unser Kanalnetz etc.) steigen in diesen Bereichen unsere dortigen Drittmittelkredite (ohne Trägerdarlehen beim Eigenbetrieb „Abwasserbeseitigung“ in Höhe von ca. 6,3 Mio. €) bis 2023 von ca. 15 Mio. € auf ca. 29,7 Mio. € an. Ein Betrag, der uns noch keine „schlaflosen Nächte“ bereitet, solange diese Kredite über akzeptable Wasser- bzw. Abwassergebühren gedeckt sind. Allerdings werden diese Investitionen in den kommenden Jahren zu Gebührenerhöhungen führen. Darüber hinaus gilt auch für diese Investitionen, dass sie in der Bilanz zu einer positiven Erhöhung des kommunalen Anlagevermögens führen.

Gebühren für die Kinderbetreuung – Kommt die Befreiung für Alle?

Für das Haushaltsjahr 2020 erachteten auch wir eine Erhöhung der Betreuungsgebühren sowie der in 2020 vorgesehenen Strukturdiskussion um eine wie auch immer gestaltete

sozial ausgewogenere Gebührenfestsetzung für nicht erforderlich. Darüber hinaus steht in diesem Zusammenhang Ende März dieses Jahres noch die Entscheidung an, ob die Landes-SPD vor dem Landesverfassungsgericht wegen ihrer Forderung auf Durchführung eines Volksbegehrens zur Abschaffung der Kita-Gebühren obsiegen wird.

Dabei sehen wir weiterhin eine soziale Staffelung der Gebühren orientiert lediglich am Einkommen (und was ist mit zusätzlichem Vermögen?) der Eltern oder gar eine vollständige Gebührenbefreiung, welches für das Land Baden-Württemberg Ausgaben von ca. 500 Mio. € jährlich bedeuten würde, als nicht zielführend an. Hierdurch würden wichtige Finanzmittel für eine diesbezügliche Qualitätsoffensive in der Betreuung der Kinder fehlen. Solche Vorschläge lösen das grundsätzliche Problem unseres Erachtens nämlich in keinster Weise. Erstens würde dies dazu führen, dass Eltern, welche aufgrund ihres Einkommens entlastet werden sollen, andere Eltern mit höherem Einkommen überproportional finanziell belasten, möchte man an dem bisherigen Kostendeckungsgrad von lediglich ca. 20 % festhalten. Und darüber hinaus bedeutet eine einkommensabhängige Gebühr einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, was in Folge einen Anstieg des Defizits oder zusätzliche Gebührenerhöhungen bedeuten würde.

Wir setzen deshalb vielmehr auf die (zunächst?) bis zum Jahr 2022 zeitlich befristete finanzielle Unterstützung respektive Förderung der Kinderbetreuung durch das bundesweite Gute-Kita-Gesetz, welche hoffentlich auch dort ankommt, wo sie dringend benötigt wird, nämlich bei den Trägern der Kinderbetreuung. Keinesfalls darf diese Förderung flaschenhalsartig bei den jeweiligen Ländern stecken bleiben, sondern ist möglichst in voller Höhe an die Träger weiterzureichen.

Durch das besagte Gute-Kita-Gesetz könnten sich durchaus finanzielle Spielräume nicht nur für Familien, welche auf staatliche Leistungen angewiesen sind, eröffnen, die wir gerne bei ausreichender Finanzausstattung an alle Gebührenzahler weitergeben möchten. Allerdings bedarf es hierfür nicht nur politischer Lippenbekenntnisse, sondern diesen müssen auch (finanzielle) Taten folgen. Und hier fehlt uns – sozusagen als „gebranntes Kind“ - allein der Glaube. Im Übrigen bedingen nach unserem Verständnis gleiche Leistungen auch gleiche Gebühren, so wie dies auch in vielen anderen Lebensbereichen bislang der Fall ist. Und darüber hinaus erfüllen Gebühren für unsere vielfältigen Betreuungsangebote auch eine Steuerungsfunktion, die anderenfalls zu unkalkulierbarer Nachfrage führen würde.

Unserer gestaffelten Gebührenstruktur über die Mehrkind-Regelung stehen wir dagegen weiterhin offen gegenüber, stellt dies nach unserem Verständnis durchaus bereits eine nicht unbeachtliche soziale Komponente in unserer Gebührenstruktur dar.

Neubaugelbiet N5 – Große Kreisstadt wir kommen?

Immer wieder werden wir von verschiedenster Seite darauf angesprochen, wie und wann es mit der Entwicklung des Neubaugelbiets N5 weitergehen wird. Vermutlich, um sich den Traum von den eigenen vier Wänden - angesichts der aktuell weiterhin niedrigen Hypothekenzinsen - „kostengünstig“ zu realisieren und gleichzeitig darauf bauend, dass die Investition in „Betongold“ bei weiterhin steigenden Immobilienpreisen eine lukrative Wertanlage darstellt. Doch angesichts dieser überproportionalen Preissteigerung bei den Immobilienpreisen ist hier eine allzu unkritische Sichtweise mit großer Vorsicht zu sehen und darf keinesfalls überbewertet werden.

Auf all unsere Fragen können wir zweifelsfrei sagen, dass der diesbezügliche Prozess der Baulandentwicklung durch die Vergabe an einen Entwicklungsträger – wie dies auch bei unserem zuvor erschlossenen Baugelbiet „Viermorgen III“ der Fall war - in 2020 kontinuierlich weiter voranschreiten wird. Voranschreiten vor allem auch deshalb, weil eine Stagnation oder gar ein Verzicht, weitere Flächen nicht städtebaulich erschließen zu wollen, dies aufgrund der demografischen Bevölkerungsentwicklung - verbunden mit einer immer

höheren Altersstruktur - alternativlos machen würde. Eine Sichtweise, zu der man sicherlich anderer Meinung sein kann.

Allerdings wird man sich darauf einstellen müssen, dass die städtebauliche Entwicklung ihren Wohnbaucharakter in N5 in Richtung Mehrgeschossbau sichtbar verändern wird. Um einen übermäßigen Flächenfraß zu verhindern und dem anhaltenden Siedlungsdruck innerhalb unserer Region als unmittelbarer Nachbar des Oberzentrums Karlsruhe möglichst ausgewogen zu begegnen, erfährt im fortzuschreibenden Entwurf des Flächennutzungsplans 2030 die vorgesehene Siedlungsdichte mit 110 Einwohner je Hektar (zum Vergleich: Viernorgen III ca. 80 Einwohner je Hektar) eine verpflichtende Vorgabe. Im bisherigen Flächennutzungsplan – und das ist der entscheidende Unterschied - bildete die festgelegte Siedlungsdichte lediglich eine Orientierungsgröße.

Die vorgesehene obligatorische Verdichtung führt gegenüber der in der Machbarkeitsstudie des Jahres 2017 nach meinen Berechnungen zu einer signifikanten Siedlungsverdichtung. Ging die beauftragte Machbarkeitsstudie von ca. 1.270 Einwohnern (= ca. 77 Einwohner je Hektar Bruttobauland) aus, wären es nunmehr nach dem fortzuschreibenden Flächennutzungsplan 2030 rechnerisch ca. 1.800 Einwohner (= 110 Einwohner) im Neubaugebiet N5, mit all seinen damit verbundenen infrastrukturellen und unser Mikroklima betreffenden Auswirkungen. Es ist unseres Erachtens nämlich nicht davon auszugehen, dass unsere zukünftigen Einwohner alle mit E-Autos, E-Rollern etc. klimaschonend unterwegs sein werden oder gar ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Große Kreisstadt, wir kommen im Sauseschritt!

Ob sich durch diese Verpflichtung flankierend auch das Ziel erreichen lässt, Wohnraum bezahlbarer zu realisieren, möchten wir bezweifeln. Solange auf dem Wohnungsmarkt noch keine Sättigung in unserer Region erreicht wird, solange die Bauvorschriften aufgrund des zu verschärfenden Klimaschutzes weiterhin eine preistreibende Wirkung entfalten werden, solange die konjunkturellen Rahmenbedingungen mit einer hohen Beschäftigungsquote eine durchaus positive Entwicklung prognostizieren, wenngleich (temporär?) auf niedrigerem Niveau, und solange die Bauwirtschaft eine hohe Auftragslage besitzt, wird sich unseres Erachtens die bisherigen Situation mit beständig steigenden Immobilienpreisen allenfalls nur marginal verändern.

Forderungen nach sozialem Wohnungsbau werden deshalb auch in unserer Kommune zunehmen, denen sich private Investoren, erst dann stellen werden, wenn ihre Rendite auch weiterhin stimmt. Richten muss bzw. bezahlen wird die Zeche des bezahlbaren Wohnungsbaus bzw. des sozialen Wohnraums mal wieder die öffentliche Hand, die überdies durch zukünftige städtebaulich verdichtete Entwicklungen bereits immense Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur tätigen muss, was den Erschließungsvorteil auch für unsere Gemeinde bezogen auf N5 zusätzlich schmälern dürfte.

E-Ladesäulen – Soll dies die Kommune schultern?

Die Elektromobilität ist in aller Munde und wird als der „Heilsbringer“ in der Mobilität der Zukunft gesehen. Politisch sehen wir dieses grundsätzliche Thema eher zwiespältig, stellt die E-Mobilität unseres Erachtens mangels bislang geförderter alternativer Technologien (warum auch immer?) allein keine zukunftsfähige Mobilitätsform dar. Einher gehen bislang ungelöste Probleme (Reichweite, Ladeprozess, Entsorgung der Batterien, Gewinnung der seltenen Erden etc.), die, so hat es den Eindruck, völlig ausgeblendet werden, um die Forcierung der E-Mobilität in unserer Gesellschaft ohne jegliche Störfeuer voranzubringen.

Aus den eingangs genannten Gründen können wir einer Implementierung von wie viel auch immer gewünschten E-Ladesäulen in unserer Gemeinde auf Kosten unseres Haushalts keinesfalls unsere Zustimmung erteilen. Durchaus vorstellbar wäre für uns, dass wir

geeignete Standorte z. B. für Energieversorger zur Verfügung stellen, die schließlich ja auch über den Stromverbrauch den direkten finanziellen Nutzen haben.

Auch stehen wir einer Förderung von E-Ladesäulen für private Haushalte ablehnend gegenüber. Wer sich bislang exklusiv die Anschaffung eines trotz staatlicher Förderung immer noch wesentlich teureren E-Autos leisten kann oder will, sollte auch in der Lage sein, die damit verbundenen Folgeinvestitionen – bzw. -kosten ohne eine solidarische Unterstützung durch den kommunalen Haushalt finanzieren zu können.

Unser Wald – ein zunehmend kränkliches System!?

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch bei unseren Wäldern sichtbar geworden. Bildete in der Vergangenheit das Eschentriebsterben innerhalb unseres Waldes ein Hauptproblem, fordern extreme Hitze- und Trockenperioden aber auch orkanartige Stürme zunehmend ihren Tribut. Absterbende Kronenteile und morsche Äste sind ein sichtbares Zeichen, dass unsere Bäume einem hohen Stressfaktor ausgesetzt sind, wodurch parallel eine stärkere Anfälligkeit gegenüber Schädlingen und Pilzerkrankungen entsteht. Unsere hauptsächliche Sorge liegt dabei weniger auf den wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern vielmehr auf die damit einhergehenden Folgen auf das Öko-System „Wald“ mit seinen vielfältigen ökologischen Funktionen wie beispielsweise der CO₂-Speicherung, der Produktion von Sauerstoff, der Bindung von Feinstaub und der Regulierung des Wasserhaushalts.

Sollte der Klimawandel in unseren Breiten weiter fortschreiten, womit zu rechnen sein dürfte, bedarf es hier unter Mithilfe der Forstwissenschaft neuer Strategien, wie zukünftig unsere Wälder aufgrund dieser Problematik umzugestaltet sind. Unseres Erachtens bedarf es hier rascher und nachhaltiger Überlegungen, da ein Umbau eines Waldes nicht von heute auf morgen von statten gehen wird, handelt es sich um einen Jahrzehnte andauernder Prozess, welcher sichtbare Veränderungen durch neue, klimaresistentere Baumarten auch in unseren bisherigen Waldbildern zur Folge haben dürfte.

Unser Wald braucht uns nicht, aber wir brauchen unseren Wald und sollten diesen mit seinen so wichtigen ökologischen Funktionen in seiner bisherigen Vielfalt so sorgsam als möglich behandeln, um diesen auch weiterhin in seiner Erholungsfunktion genießen zu können.

Verkehrsberuhigung Leopoldstraße - Ein erster Schritt in die richtige Richtung?

Um unsere innerörtlich - so unser Eindruck - immer stärker frequentierte Landesstraße von Immissionen zu entlasten, haben wir die Einrichtung einer wenigstens temporären Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, insbesondere für die Nachtstunden von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens oder an Wochenenden, beantragt. Wir erhoffen uns dadurch, unseren lärmgeplagten Anwohner/Innen hierdurch vor allem ein wenig „Ruhe“ zu verschaffen, da gerade Lärmimmissionen in den Nachtstunden Nährboden für so manche Krankheiten bilden. Darüber hinaus erwarten wir durch eine solche Maßnahme eine geringere Schadstoffimmission.

Die Verkehrsdichte in der Leopoldstraße wird je nach genehmigter Ausprägung wohl immer noch keine ausreichende Entlastung erfahren. Vielleicht, so unsere Hoffnung für die Leopoldstraße, erfolgt durch die unattraktivere Neuregelung der Park- bzw. Verkehrssituation bei der Rheinfähre hier eine Reaktion, die vor allem für die Wochenenden den Anwohnern in der Leopoldstraße sehr zu wünschen wäre.

Sollte eine Umsetzung in der Leopoldstraße aus verkehrsrechtlicher Sicht möglich sein, beabsichtigen wir auch einen ebensolchen Antrag für unsere Eggensteiner Hauptstraße, einer Kreisstraße, zeitnah danach zu stellen.

Schlussakkord

Die diesjährige Haushaltsrede griff wiederum lediglich punktuell nur einige unserer Fraktion besonders am Herzen liegende Themen auf. Es gäbe sicherlich noch eine Reihe von Themen (z. B. Schnakenbekämpfung, Digitalisierung, Biotopvernetzung, Integration von Flüchtlingen um nur einige beispielhaft zu nennen) im Rahmen der Haushaltsrede anzusprechen.

Wir möchten Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in diesem Zusammenhang ermuntern, sich mit weiteren Sie interessierenden Themen an uns zu wenden. Gerne kümmern wir uns gemeinsam mit Ihnen um sinnvolle Lösungen. Dies bedeutet nach unserem Verständnis jedoch stets eine Abwägung zwischen den aus Sicht des Einzelnen durchaus berechtigt erscheinenden Interessen und den damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Gemeinschaft.

Ein großes Dankeschön möchten wir auch in diesem Jahr den vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde aussprechen, unabhängig bei welchen Vereinen, Institutionen, Organisationen Sie sich jeweils sehr engagiert einbringen. Respekt zollen wir all denjenigen, die sich dabei unter Zurückstellung persönlicher Interessen zu unser aller Schutz ehrenamtlich engagieren, wohl wissend, dass sie sich in der Ausübung ihres Ehrenamtes zur Rettung Dritter in Gefahrenlagen begeben müssen.

Wir sind überdies der Meinung, dass eine lebendige und von einer großen Angebotsvielfalt getragene Gemeinde eine wichtige Säule bzw. ein basales Fundament für deren Attraktivität und letztlich deren Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen bildet. Aus diesem Grund stellt für uns eine weitere großzügige Unterstützung unserer örtlichen Vereinswelt keinesfalls nur ein Lippenbekenntnis dar, sondern ein verpflichtendes Element unserer kommunalpolitischen Agenda.

Ausdrücklich erwähnen möchten wir in diesem Zusammenhang das engagierte Wirken unseres Seniorenbeirats, welcher im vergangenen Jahr - quasi aus dem Stand - in unserer Gemeinde erstmals eine überaus beachtenswerte, mit vielfältigen seniorengerechten Angeboten gespickte Messeveranstaltung initiiert hat, die – angesichts der erfahrenen großen positiven Resonanz - hoffentlich in Zukunft ihren festen Platz in unserem kommunalen Veranstaltungskalender finden wird. Chapeau zu dieser gelungenen Veranstaltung, die wieder einmal Beleg dafür ist, welch großartiges ehrenamtliches Potential sich in unserer Gemeinde verbirgt respektive schlummert. Man muss es lediglich versuchen zu aktivieren. In diesem Sinne sind wir gerne zur Steigerung der Aufenthaltsqualität gerade auch für unsere Seniorinnen und Senioren in unserer Kommune bereit, Anregungen bzw. Projekte mit Auswirkung auf unseren kommunalen Haushalt zu unterstützen.

Abschließend möchte ich mich - zugleich auch im Namen meiner beiden Fraktionskollegen - bei den Ratskolleginnen und -kollegen der anderen Fraktionen sowie bei Herrn Bürgermeister Stober gleichermaßen stellvertretend bei den Damen und Herren der Verwaltung für die auch im vergangenen Jahr erfahrene konstruktive und von gegenseitigem Respekt geprägte Zusammenarbeit bedanken.

Dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2020 stimmt unsere Fraktion sowohl für den Ergebnis- als auch den Finanzhaushalt sowie ebenfalls für die Erfolgs- und Vermögenspläne unserer beiden Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ zu.

Für die FDP-Fraktion Uwe Hotz